

## **CH\_VB 20045977 vom 10. Juni 1999**

Bundesverwaltung, 1999-06-10, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_\\_td\\_class\\_\\_metadataCell\\_\\_20045977\\_\\_td\\_](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20045977__td_)

FR: CH\_VB 20045977 du 10 juin 1999

IT: CH\_VB 20045977 del 10 giugno 1999

### **Erwägungen**

#### **E. 10**

Juni 1999 N 1035 Gerichtsstand in Zivilsachen Amtliches Bulletin der Bundesversammlung dem das Problem der Rechtshängigkeit ja eben doch in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Gerichtsstand steht. Wird der Gerichtsstand einmal begründet, dann gilt er; man kann dann keinen anderen Gerichtsstand geltend machen. Deshalb ist es eben wichtig festzulegen, ab welchem Zeitpunkt ein gewisser Gerichtsstand – wenn mehrere zur Verfügung stehen – angerufen und damit fixiert wird. Bei den meisten kantonalen Zivilprozessordnungen gilt die Klageanhebung denn auch als Fixpunkt für die Bestimmung der Rechtshängigkeit und damit auch der Zuständigkeit. Von dem her wird hier eigentlich nichts Neues vereinbart; in diesem gesamtschweizerischen Gerichtsstandsgesetz wird vielmehr nur übernommen, was in den meisten Kantonen bereits gilt. Selbstverständlich hat es der Kanton in der Hand zu definieren, wie die Klageanhebung formell zu verstehen ist. In aller Regel wird mit der Klageeinreichung schon der Klageschriftsatz gemeint sein und nicht beispielsweise nur ein Ladungsansuchen zum Aussöhnungsversuch. Wir sind aber der Meinung, dass diese Frage hier zu Recht nicht in dieser juristischen Feinheit festgelegt wird, sondern den Kantonen weiterhin die Freiheit belassen wird zu sagen, was nach ihrem Prozessrecht unter dem Begriff der Klageanhebung genau zu verstehen ist. Noch eine Bemerkung zum Lugano-Übereinkommen: Das Lugano-Übereinkommen ist in Revision, und mir scheint, dass wir sehr genau werden schauen müssen, welche neue Regelungen mit dieser Revision auf uns zukommen. Natürlich geht es hier darum, die Vorteile der Vereinheitlichung im internationalen Bereich voll ins schweizerische Recht aufzunehmen. In diesem Zusammenhang wird es sich allenfalls rechtfertigen, gewisse Bereiche des Zivilprozessrechtes zu vereinheitlichen; aber wir sollten jetzt nicht vorgehen. Alles in allem scheint uns der Antrag Baumberger akzeptabel zu sein. Gross Jost (S, TG), Berichterstatter: Die Rechtshängigkeit ist in der Tat eine der Klippen im kantonalen Zivilprozessrecht, weil sie von Kanton zu Kanton unterschiedlich geregelt ist. In den einen Kantonen genügt, wie schon gesagt wurde, die Vorladung zum Sühnever such, in den anderen tritt sie mit dem Einreichen der Klageschrift oder mit der Zustellung derselben an die beklagte Partei ein. Nicht unwesentlich ist sie deshalb, weil mit der Rechtshängigkeit grundsätzlich die Streitsache und das Rechtsbegehren festgelegt sind. Allgemein könnte man in Analogie zu Artikel 9 Absatz 2 des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG) sagen, dass die Klage mit der ersten, für die Klageeinleitung notwendigen Verfahrenshandlung hängig ist. Seitens der Verwaltung wurde gegenüber einer Präzisierung gemäss IPRG etwa angeführt, dass die Klageanhebung – zum Beispiel in Artikel 136 ZGB, im neuen Scheidungsrecht – ein Begriff des Bundesrechtes sei, auch wenn das Prozedere von Kanton zu Kanton unterschiedlich geregelt sei. Ferner müsste die Bestimmung bei einer Vereinheitlichung des Zivilprozessrechtes wieder angepasst werden. Das ist gerade das

Argument des Bundesrates. Die Kommission hat sich deshalb gefragt, was die bundesrätliche Formulierung an Klärung wirklich bringe, denn letztlich wird ja doch wieder auf die jeweilige Ausgestaltung in der kantonalen Zivilprozessordnung verwiesen. Überdies – das hat Herr Jutzet gesagt – handelt es sich nicht um eine Regelung, die einen Gerichtsstand regelt; eigentlich stellt sie schon einen Vorgriff auf die zukünftige vereinheitlichte Zivilprozessordnung des Bundes dar. Deshalb muss ich Herrn Baumberger zunächst einmal sagen, dass er hier die interkantonale und die internationale Ebene verwechselt. Er hat vom internationalen Recht, von der internationalen Vereinheitlichung gesprochen. – Doch, Herr Baumberger, das haben Sie getan! Sie wissen sicher, dass im Lugano-Übereinkommen die Rechtshängigkeit gerade nicht geregelt ist. Weiter haben Sie von einer «zukunftsgerichteten Lösung» gesprochen. Wenn die vereinheitlichte Zivilprozessordnung des Bundes kommt, werden wir so oder so die Rechtshängigkeit in der neuen vereinheitlichten Zivilprozessordnung regeln müssen. Dann werden Sie diese Bestimmung, die der Bundesrat vorschlägt, wieder hinauskippen müssen, weil sie eine Nulllösung ist, weil sie keine einzige Frage beantwortet. Gerade mit Ihrem Antrag werden Sie eine Bestimmung schaffen, die wieder eliminiert werden muss, wenn die Rechtshängigkeit in der zukünftigen Zivilprozessordnung geregelt wird. Deshalb, Herr Suter, verhält es sich wie folgt: Wenn Sie dem Beschluss der Kommission folgen, dann lassen Sie den Kantonen die Freiheit, die Rechtshängigkeit so zu regeln, wie es dem jetzigen Status entspricht. Wenn Sie aber hier einen Vorgriff machen, der eigentlich materiell nichts beinhaltet, müssen Sie bei der zukünftigen vereinheitlichten Zivilprozessordnung des Bundes diese Bestimmung wieder eliminieren. Sie müssen die Rechtshängigkeit so oder so in der zukünftigen Ordnung regeln. Deshalb bitte ich Sie, in diesem Zusammenhang auf unnötigen Ballast, auf eine unnötige Bestimmung, zu verzichten und der Kommission zu folgen, die ihren Beschluss mit

## E. 12

zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen gefällt hat. Florio Marguerite (L, VD), rapporteur: Au risque de vous paraître très ennuyeuse, il s'agit là de questions de procédure. Alors, de deux choses l'une: ou le Conseil fédéral nous propose une loi unifiée de procédure civile, dans laquelle il devra définir ce que c'est que l'ouverture d'action et, par conséquent, la litispendance; ou le Conseil fédéral, comme il nous le dit, ne fait que de réunir dans une seule loi les fors que l'on trouve dans diverses législations déjà actuellement et, dès lors, l'article 38 est parfaitement inutile. Pourquoi? Parce que la notion d'ouverture d'action dépend de la procédure cantonale. Dans certains cantons, la requête de conciliation suffit; dans d'autres, il faut saisir le tribunal. Donc, à l'article 38, la phrase qui consiste à dire: «La litispendance est créée par l'ouverture de l'action» ne règle rien. Je voudrais aussi rap- peler, mon préopinant l'a dit, que cette loi a valeur interne et non pas internationale. Dès lors, je vous invite à suivre la proposition de votre commission de biffer l'article 38, en attendant qu'il y ait peut-être d'autres projets, mais ils ne sont pas actuellement dans l'air.

Abstimmung – Vote Für den Antrag Baumberger 64 Stimmen Für den Antrag der Kommission 43 Stimmen Art. 39 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Angenommen – Adopté Art. 40 Antrag der Kommission Abs. 1 Eine bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Klage darf das Gericht mangels örtlicher Zuständigkeit nur dann zurück- weisen, wenn sowohl nach altem wie auch nach neuem Recht kein Gerichtsstand gegeben ist. Abs. 2 Streichen Art. 40 Proposition de la commission Al. 1 Une action pendante lors de l'entrée en vigueur de la pré- sente loi ne peut être rejetée faute de

compétence territoriale que s'il n'existe aucun for selon l'ancien ou le nouveau droit. Al. 2  
Biffer Angenommen – Adopté

Procédure pénale. Modification de lois 1036 N 10 juin 1999 Bulletin officiel de  
l'Assemblée fédérale Art. 41, 42 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des  
Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral  
Angenommen – Adopté Änderung von Bundesgesetzen Modification du droit en vigueur  
Ziff. 1 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Ch. 1  
Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Angenommen – Adopté  
Ziff. 2 Antrag der Kommission .... Art. 111 Streichen Art. 135 Abs. 1 Die örtliche  
Zuständigkeit für die Scheidung, die Abänderung des Scheidungsurteiles, die Anweisung an  
die Schuldner und die Sicherstellung der Unterhaltsbeiträge richtet sich nach dem  
Gerichtsstandsgesetz. Art. 144 Unverändert .... Ch. 2 Proposition de la commission .... Art.  
111 Biffer Art. 135 al. 1 La compétence à raison du lieu pour prononcer et modifier le  
jugement de divorce, ainsi que pour décider de l'avis aux débiteurs et de la fourniture des  
sûretés est déterminée par la loi fédérale sur les fors. Art. 144 Inchangé .... Angenommen –  
Adopté Ziff. 3–30 Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Ch.  
3–30 Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Angenommen –  
Adopté Namentliche Gesamtabstimmung Vote sur l'ensemble, nominatif (Ref.: 3140) Für  
Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet: Aepli, Aguet, Ammann Schoch,  
Aregger, Baader, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann  
Stephanie, Baumberger, Berberat, Binder, Bircher, Blaser, Borel, Brunner Toni, Bühlmann,  
Burgener, Carobbio, Cavalli, Chiffelle, Christen, Debons, Dettling, Donati, Dormann,  
Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Engelberger, Engler, Epiney,  
Fankhauser, Fässler, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Friderici,  
Fritsch, Gadiant, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan,  
Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst,  
Hegetschweiler, Heim, Hess Otto, Hollenstein, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine,  
Keller Rudolf, Kofmel, Kuhn, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenber-  
ger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maurer, Maury Pasquier, Meyer Thérèse,  
Mühlemann, Müller Erich, Oehrli, Ostermann, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruf,  
Rychen, Schaller, Schenk, Scherrer Jürg, Schlüer, Schmid Odilo, Seiler Hanspeter,  
Semadeni, Speck, Spielmann, Stamm Judith, Stamm Luzi, Strahm, Suter, Theiler,  
Tschäppät, Tschuppert, Vogel, von Felten, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wittenwiler,  
Wyss, Zbinden (112) Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents: Alder, Antille,  
Beck, Béguelin, Bezzola, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Bühler, Cavadini  
Adriano, Columberg, Comby, David, de Dardel, Dreher, Eggly, Ehrler, Eymann, Fasel,  
Fehr Hans, Fehr Jacqueline, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Geiser, Genner,  
Giezendanner, Goll, Gonseth, Grobet, Gusset, Haering Binder, Herczog, Hess Peter,  
Hochreutener, Hubmann, Imhof, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Kühne, Leu, Maspoli, Meier  
Hans, Meyer Theo, Moser, Müller-Hemmi, Nabholz, Pelli, Philipona, Pidoux, Pini,  
Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Ruckstuhl, Ruffy, Sandoz Marcel,  
Scheurer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Simon, Steffen, Steinegger, Steinemann,  
Steiner, Stucky, Stump, Teuscher, Thanei, Tschopp, Valler, Vermot, Vetterli, Vollmer,  
von Allmen, Waber, Weber Agnes, Weigelt, Wiederkehr, Zapfl, Ziegler, Zwygart (87)  
Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas: Heberlein (1) An den Ständerat – Au  
Conseil des Etats Sammeltitel – Titre collectif Strafrecht. Gesetzesänderungen Procédure  
pénale. Modification de lois

---

Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung. Gesetzesänderungen Mesures tendant à l'amélioration de l'efficacité et de la légalité dans la poursuite pénale. Modification de lois Botschaft und Gesetzentwürfe vom 28. Januar 1998 (BBl 1998 1529) Message et projets de loi du 28 janvier 1998 (FF 1998 1253) Beschluss des Ständerates vom 1. Dezember 1998 Décision du Conseil des Etats du 1er décembre 1998 Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

---

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Gerichtsstand in Zivilsachen. Bundesgesetz Fors en matière civile. Loi fédérale In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1999 Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 09 Séance Seduta Geschäftsnummer 98.067 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 10.06.1999 - 08:00 Date Data Seite 1029-1036 Page Pagina Ref. No 20 045 977 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.